

## **Stellungnahme von Ottmar Pfitzenmaier, Fraktionsvorsitzender SPD zur Sanierung Leobad**

### **Urheberrecht:**

§2 UrheberrechtsG bezieht „Werke der Baukunst“ mit ein. Das ist richtig so, wenn die Betonung auf „Kunst“ liegt und dieser Begriff nicht inflationär verwendet wird. Wir sprechen hier von einem attraktiven Freibad, aber davon gibt es ähnlich attraktive zu Dutzenden in Deutschland.

Es gibt ein BGH Urteil aus 2011 zu einer Schulhauserweiterung, das den Kern m.E. sehr genau trifft: „Im Rahmen der Interessenabwägung (ist) insbesondere der Gebrauchszweck des Bauwerkes zu berücksichtigen.“ Der Urheber eines Bauwerks „muss daher damit rechnen, dass sich aus wechselnden Bedürfnissen des Eigentümers ein Bedarf nach Veränderung des Bauwerkes ergeben kann.“

Und genau das ist der Fall! Unser dringendes Bedürfnis ist es, das Leobad unter ökonomischen Gesichtspunkten zukunftsfähig zu machen und dabei den unakzeptablen alljährlichen Unterhaltungsaufwand (der zu einem großen Teil aus der Erneuerung defekter Fliesen besteht) und die lfd. Betriebskosten zu senken.

Und genau das machen wir. Lt. dem o.g. BGH Urteil geht es in „der Interessensabwägung nur ... darum, ob dem betroffenen Urheber die geplanten Änderungen ... zuzumuten sind“. Und das sind sie u. E.! Wir müssen mit den öffentlichen Geldern sorgsam umgehen, daher tun wir uns sehr schwer damit, den Architekten etwas abzukaufen, was sie u.E. gar nicht besitzen.

Die Forderung der Architekten in Höhe von 28 TEUR ist für uns nicht akzeptabel, mit 10 TEUR hätten wir „leben können“, wenn damit das Prozesskostenrisiko vermieden würde. Was mich besonders stört: Trotz mehrfacher Nachfragen habe ich nie eine präzise Antwort bekommen, welche bauliche Maßnahmen denn ganz konkret im Sinne der Architekten wären. So entsteht zumindest der Eindruck, dass es möglicherweise von vorne herein deren Ziel war, Geld zu kassieren.

### **Investitionskosten:**

12,7 Mio. – wie in der Ursprungsdrucksache dargestellt, sind schon schwindelerregend, knapp 15 Mio. Investitionskosten – wie im Sozialausschuss

beschlossen- überschreiten aber für uns eine noch vertretbare Größenordnung, insbesondere, da alles auf Kredit finanziert werden muss.

Allerdings kann es auch nicht weitergehen mit den bisherigen durchschnittlichen baulichen Unterhaltskosten von 250 TEUR p.a. und den Betriebskosten von 350 TEUR – zusammen regelmäßig mehr als 600 TEUR. Pro Jahr!

Hier erwarten wir – und das ist die gute Nachricht - zumindest Einsparungen von jährlich rd. 250 TEUR. Zu großen Teilen gerade wegen der in der Anschaffung so teuren Edelstahlausführung.

### **„Luxusobjekt“/kein Neubau:**

Die Sanierung des Bades haben wir seit 5 Jahren angemahnt – möglicherweise hätten wir durch eine frühere Umsetzung auch Geld gespart, aber die Diskussion darüber hilft uns heute nicht weiter.

**Das Leobad ist ein Luxusobjekt** mit einer Öffnungszeit von nur 4 Monaten im Jahr

**Das Leobad sorgt aber auch für Lebensqualität und ist imageprägend für Leonberg.**

Wir sagen deshalb **„JA“ zur Sanierung**, denn dazu gibt es keine vertretbare Alternative. Abriss und Neubau an einer anderen Stelle – mit gleicher Qualitätswürde uns mehr als das Doppelte kosten (Grundstückserwerb, Erschließung, Parkhausbau, Gastronomie,...).

Der Abbruch des bestehenden Bades mit Ausbau/Verfüllung der Becken, womöglich Entfernung der Pfähle im Untergrund würde eine Mio. Summe verschlingen. Es ist offensichtlich, dass wir dafür keine Zeit und Arbeit verschwenden sollten.

**Sinnvolle Sanierung** heißt für uns aber insbesondere,

der **Charakter** als Familien-, Sport- und Spaßbad muss erhalten bleiben, und wenn wir solch eine Summe investieren, dann darf das Bad nicht an **Attraktivität** verlieren.

Das ist nicht ganz einfach, denn knapp 6 Mio. (also rd. 40%) fließen in für die Badegäste kaum sichtbare Investitionen.

### **Zu den einzelnen Becken:**

Das Herz des Bades ist das **Erlebnisbecken**, dort halten sich bei schönem Wetter die meisten Gäste auf. Die Wasserfläche soll hier um 150 qm, also über 10% verkleinert werden. Das halten wir für einen krassen Eingriff in die Attraktivität des Bades. Wir fordern daher, wenigstens die Option der „reduzierten Wasserflächenverkleinerung (um ca. die Hälfte) zu beschließen. Das bedeutet, die Wasserfläche wäre um 70-80 qm größer. Das würde viel bringen und kostet uns „nur“ 180 TEUR mehr.

Das **Sprungbecken** gehört unabdingbar zur Attraktivität des Bades, hatte doch schon das alte Eltinger Freibad aus den 1930er Jahren einen 3 m „Sprungturm“. Außerdem ist es fürs Dt. Schwimmabzeichen, das DLRG, für den Schul- und Tauchsport unentbehrlich.

Beim **50m Becken** ist uns wichtig, dass dieses weiterhin alle Voraussetzungen erfüllt, damit die Wasserfreunde dort reguläre Schwimmwettkämpfe austragen können.

Ohne Zweifel würde eine zeitgemäße **Rutschenanlage** dem Bad gut zu Gesicht stehen. Dasselbe gilt für einen neuen **Wasserspielplatz**. Zusammen kostet das fast 1 Mio. Für uns ist hier ein Limit erreicht/überschritten. Wer dies auch noch möchte, muss dann auch mal sagen, woher das Geld dafür kommen soll.

Sie wissen, dass die SPD mit dem Vorschlag, einen nördlichen Geländestreifen (FKK Bereich) für bezahlbaren Wohnraum zu veräußern, einen Refinanzierungsvorschlag gemacht hat, der gerade eine solche Investition noch ermöglichen würde (Erlöserwartung läge deutlich über 1 Mio.). Jeder möge für sich entscheiden, was denn für die Attraktivität des Bades ausschlaggebender wäre – attraktive Rutsche oder selbst im Hochsommer kaum genutztes Gelände. Aber wir nehmen zur Kenntnis, dass die Mehrheit des Gemeinderates und in der Verwaltung dies nicht möchte.

Der **Puffer für Unvorhergesehenes** wurde im Sozialausschuss von Null auf 1,35 Mio. erhöht. Wir sind für seriöse Kalkulationen, allerdings halten wir das schon für einen etwas drastischen Betrag. **500 TEUR sollten auch genügen.**

Wir werden mit dieser Investition auf Jahre ein attraktives Leobad haben und deutlich an lfd. Kosten einsparen. Den Einbau eines **BHKWs** begrüßen wir ausdrücklich, ebenso – sollte dies jetzt entgegen früheren Aussagen der Verwaltungsspitze möglich sein- die Einbringung in einen **steuerlichen Querverbund**. Der Bäderbetrieb könnte dann insgesamt zu den **Stadtwerken** wechseln und die Leitung organisatorisch direkt unter Dr. Vonderheid angesiedelt werden.